

**abgeschlossen am
20. August 2001**

	<u>Seite</u>
1. Majority Leader Daschle kritisiert Außenpolitik Präsident Bushs	1
2. Sanktionen gegen Iran und Libyen erneuert	2
3. Congress und Präsident definieren Grenzen der Gen-Forschung neu	3
4. Repräsentantenhaus verabschiedet Bushs Energie-Plan	5
5. Senat und Repräsentantenhaus debattieren über 'Patient Bill of Rights'	6
6. Repräsentantenhaus für Freihandelsabkommen mit Jordanien	7
7. Repräsentantenhaus für Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit	8
8. Kontroverse über Verteidigungsplanung zeichnet sich ab	9
9. Demokraten drohen mit Blockade von Raketenabwehr	11
10. Reform der Wahlkampffinanzierung im Repräsentantenhaus blockiert	12

8/2001

0. Der Congress befindet sich seit dem 4. August 2001 in seiner traditionellen vierwöchigen Sommerpause und wird seine Arbeit Anfang September wieder aufnehmen.

1. Majority Leader Daschle kritisiert Außenpolitik Präsident Bushs

Der neue *Majority Leader* im Senat Tom Daschle (D-S.D.) hat am 9. August 2001 in einer Rede am *Woodrow Wilson International Center* in Washington, D.C. die Außenpolitik Präsident Bushs in ungewöhnlich deutlicher Form angegriffen und sich gegen jede Form des Unilateralismus - insbesondere in der Rüstungskontrollpolitik - ausgesprochen (vgl. CR 6-7/2001, S. 1).

Daschle führte in seiner Rede, die er mit „A New Century of American Leadership“ betitelte, aus, dass

- die amerikanische Verfassung dem Senat eine bedeutende Rolle in der Außenpolitik der USA zuweist, ein unmissverständlicher Hinweis darauf, dass außenpolitische Grundsatzentscheidungen nur vom Weißen Haus und dem Congress gemeinsam getroffen werden können;

- die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten im internationalen System zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit zunehmender „globaler Interdependenz“ einher gehe. Einerseits seien die USA „stärker als jemals zuvor“, andererseits aber auch in vielerlei Hinsicht „verwundbarer“, eine kaum verhüllte Kritik am Hang zum Alleingang der Bush-Administration;

- die Administration in vielen Fällen auf Führung verzichte statt diese einzusetzen. Daschle nennt in diesem Zusammenhang sechs internationale Abkommen, von denen sich die Administration in gerade einmal sechs Monaten ihrer Amtszeit distanziert habe. Gemeint sind das Kioto-Protokoll zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, der umfassende nukleare Teststoppvertrag (CTBT, Comprehensive Test Ban Treaty), die Biowaffen-Konvention, der ABM-Raketenabwehrvertrag, die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs sowie der Ottawa-Vertrag über die weltweite Ächtung von Anti-Personenminen. Nach Ansicht des *Senate Majority Leader* sollten die USA versuchen, diese Abkommen entlang ihrer Interessen zu formen statt sie zu untergraben.

Daschle unterstreicht in seiner Rede zudem die Bedeutung der multilateralen Einbettung globaler Rüstungskontrollbemühungen und äußert die Überzeugung, dass die USA die Erforschung eines breiten Spektrums von Raketenabwehrtechnologien in Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag vornehmen können.

Der Administration wirft der *Senate Majority Leader* einen eindimensionalen Ansatz („single-minded approach“) in ihrer Raketenabwehrpolitik vor und bezeichnet das NMD-Programm Bushs „als die teuerste mögliche Antwort auf die am wenigsten wahrscheinliche Bedrohung, der wir uns gegenübersehen“.

Die neue demokratische Mehrheit im Senat bringt mit diesen Ausführungen unmissverständlich und selbstbewusst zum Ausdruck, dass sie Präsident Bush nicht nur in sozial- und gesundheitspolitischen Fragen Paroli bieten wird (vgl. Punkt 5), sondern auch in der Außen- und Sicherheitspolitik einen Mitspracheanspruch anmeldet. In den USA zwingt die Verfassung mit ihrem Prinzip komplementärer Kompetenzen und wechselseitiger Kontrollen („checks and balances“) Präsident und Congress auch in der Außenpolitik zur Zusammenarbeit. Durch diese Form der „shared power“ soll jeglichem Machtmissbrauch durch Machtkonzentration in den Händen eines „gewählten Monarchen“ ebenso wie eines übermächtigen Parlaments vorgebeugt werden.

Die Rede von Senator Daschle findet sich im Internet unter folgender Adresse:

<http://daschle.senate.gov/pressroom/speech/01/08/2000809.htm>

2. Sanktionen gegen Iran und Libyen erneuert

Erwartungsgemäß haben Senat und Repräsentantenhaus am 25. bzw. 26. Juli 2001 die aus dem Jahr 1996 stammende Sanktionsgesetzgebung gegen Libyen und den Iran (Iran and Libya Sanctions Act, ILSA) verlängert (vgl. CR 6-7/2001, S. 9). Die Entscheidung (HR 1954; H.Rept. 107-107) fiel im Repräsentantenhaus mit 409:6 und im Senat mit 96:2 Stimmen.

Das Gesetz sieht Sanktionen gegen jene ausländischen Firmen bzw. Personen vor, die mehr als 20 Mio. USD in die Öl- bzw. Gasindustrie der beiden Länder investieren.

Vor allem das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), eine der einflussreichsten und finanzstärksten ethnischen Interessengruppen in den Vereinigten Staaten, hatte sich in den vergangenen Monaten immer wieder für die Erneuerung von ILSA stark gemacht. Die Bush-Administration hingegen hatte mit Blick auf die Beziehungen zu den europäischen Verbündeten und mögliche Wettbewerbsnachteile der amerikanischen Industrie eine Lockerung der Sekundärsanktionen favorisiert.

Dem hielten die Sanktionsbefürworter im Congress um die Senatoren Charles Schumer (D-N.Y.) und Gordon Smith (R-Ore.) entgegen, dass ILSA weiterhin unverzichtbar sei, um den Iran und Libyen für deren Unterstützung des internationalen Terrorismus und die Versuche, sich nukleare, chemische und biologische Massenvernichtungswaffen anzueignen, zu sanktionieren.

Wie schon 1996 ging die Initiative für die Verhängung der Sekundärsanktionen auch dieses Mal vom Congress aus. Sie unterstreicht die wachsende Bedeutung der amerikanischen Legislative im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungssystem der USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in dem der Handlungskorridor des Präsidenten zunehmend eingeschränkt erscheint.

3. Congress und Präsident definieren Grenzen der Gen-Forschung neu

Das Repräsentantenhaus hat sich am 31. Juli 2001 mit 265 gegen 162 Stimmen für ein generelles Verbot des Klonens von menschlichen Embryonen ausgesprochen.

Die vom republikanischen Abgeordneten Dave Weldon (Fla.) eingebrachte Vorlage setzte sich gegen eine von Weldons Fraktionskollegen James Greenwood (Pa.) vorgelegte Alternative durch, die Ausnahmen zu Forschungszwecken erlaubt hätte. Greenwoods weniger restriktive Vorlage wurde mit 249 zu 178 Stimmen abgelehnt.

Die Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses sieht insbesondere vor, dass

- Klonen sowohl zu Fortpflanzungszwecken wie auch für medizinische Forschung und Therapien untersagt bleiben soll, und
- der Import von geklonten Embryonen oder aus solchen gewonnene Medikamente unter Strafe gestellt wird.

Als Höchststrafe drohen 10 Jahre Gefängnis und 500.000 USD Geldbuße.

Damit hat im Repräsentantenhaus eine überparteiliche Koalition aus wertkonservativen Republikanern und liberalen Gentechnik-Skeptikern aus der demokratischen Fraktion gegen die Verfechter der Interessen der betroffenen Patienten und Unternehmen aus der Biotechnologie-Branche eine überraschende Stärke demonstriert.

Die Vorlage muss nun noch vom Senat angenommen werden. *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) hat sich bereits eindeutig ablehnend gegenüber jeglicher Form des Klonens menschlicher Embryonen geäußert. Ebenso scheint die Unterstützung der konservativen Republikaner für den Gesetzentwurf sicher.

Präsident Bush hat ebenfalls die Annahme der Weldon-Vorlage begrüßt und dabei ausdrücklich seine Ablehnung der Greenwood-Alternative betont. Allerdings hat der Präsident in einer am 9. August 2001 gehaltenen Rede, die von den nationalen Fernseh-Stationen von seiner Ranch in Texas übertragen wurde, eine nuanciertere Position

erkennen lassen, die vor allem in der Frage der Stammzellenforschung den Interessen der Industrie und der Patienten entgegenkommt.

Die Rede des Präsidenten anlässlich der Neufassung der Regeln zur Vergabe von Bundesmitteln zur Forschungsförderung, die die National Institutes of Health (NIH) noch unter der Clinton-Administration ausgearbeitet haben, begründete enger gezogene Grenzen als bisher vorgesehen, aber auch grundsätzliche Ausnahmen.

Danach sollen in Zukunft

- keine Bundesfördermittel an Forschungsprojekte vergeben werden, die die Gewinnung sogenannter Stammzellen aus Embryonen erfordern, jedoch
- eine Förderung von Studien erlaubt bleiben, die auf bereits existierende Stammzellen-Kulturen zurückgreifen.

Bush verwies darauf, dass er als dezidierter Abtreibungsgegner auch keiner Tötung von Embryonen zu anderen Zwecken als zu Schwangerschaftsabbrüchen zustimmen könne. Dagegen schein ihm eine Nutzung von existierenden Stammzellen-Kulturen angesichts der vielsprechenden Forschungen zu medizinischen Therapien für schwere Krankheiten wie die Alzheimer- oder Parkinson-Krankheit vertretbar. Die Empfehlungen des NIH begrenzten demgegenüber ein Förderungsverbot auf Projekte, die selbst eine Zerstörung von Embryonen zur Stammzellen-Gewinnung im Zuge der Forschungsarbeiten vorsahen.

Von konservativer Seite wurde Bushs Position zunächst mit Erleichterung aufgenommen, da augenscheinlich weitergehende Zugeständnisse an Forschung und Wirtschaft befürchtet worden waren. Allerdings warnten eine Reihe von Vertretern der religiösen Rechten wie Gentechnik-Gegnern, Bushs Position öffne ein Einfallstor, das mit fortschreitender Forschung zu weiteren Konzessionen führen werde.

Vertreter der Demokratischen Partei kritisierten dagegen vor allem, dass Bushs halberziger Vorschlag die Forschung erheblich beeinträchtigen könne. Die Demokraten greifen damit in dieser Frage Positionen auf, die unter Forschern wie der Bevölkerung gegenwärtig breite Zustimmung genießen. Der Congress hat die Möglichkeit, die Forschungsförderungsregeln einer Überprüfung zu unterziehen. Der Präsident hat allerdings in seiner Rede deutlich gemacht, dass er zu zusätzlichen Konzessionen nicht bereit ist.

4. Repräsentantenhaus verabschiedet Bushs Energie-Plan

Das Repräsentantenhaus hat am 1. August 2001 wesentliche Teile des von Präsident Bush im Mai vorgestellten Konzepts zur Sicherung der Energieversorgung der USA verabschiedet (vgl. CR 5/2001, S. 7). 240 Abgeordnete stimmten für die Gesetzesvorlage, 189 gegen sie. Der republikanischen Mehrheit schlossen sich 36 Demokraten sowie ein parteiloser Abgeordneter, Virgil H. Goode (I-Va.), an.

Die Kernpunkte des vom Repräsentantenhaus zusammengestellten Gesetzespakets sind

- Steuererleichterungen und Subventionen in einer Gesamthöhe von 33,5 Mrd. USD, die sowohl dem Ausbau der Förderkapazitäten wie der Energieeinsparung und umweltschonenderen Produktion dienen sollen,
- die Öffnung des *Arctic National Wildlife Refuge*, eines Naturschutzgebiets in Alaska, für die Ölexploration und
- eine Anhebung der Energieeffizienzstandards für Minivans, Geländewagen (*Sport Utility Vehicles*, SUVs) und leichte Lastwagen (*Pickup Trucks*).

Weitere Elemente des Bush-Plans wie die Erneuerung des Haftungsgesetzes für Betreiber von Kernkraftanlagen oder die Regulierung des nationalen Stromversorgungsnetzes sollen zu einem späteren Zeitpunkt folgen.

Der deutliche Erfolg der Bush-Administration ist durch ein Koalition der Republikaner mit gewerkschaftsnahen Teilen der demokratischen Partei möglich geworden. Versuche, die Öffnung des Naturschutzgebiets in Alaska für die Energiegewinnung zu verhindern, wurden von dieser Mehrheitskoalition ebenso zurückgewiesen wie Bemühungen um eine weitere Anhebung der Effizienzstandards für die genannten Kraftfahrzeugtypen.

Allerdings wird erwartet, dass der demokratisch kontrollierte Senat andere Vorstellungen zur Sicherung der Energieversorgung der USA und des Umweltschutzes zur Geltung bringt. Die demokratische Parteiführung um *Majority Leader* Tom Daschle (S.D.) hat bereits ihre Ablehnung der Öffnung der Nationalparks in Alaska signalisiert. Aber auch in der Frage der Energieeinsparung und des Umweltschutzes wollen die Demokraten im Senat mit einem umfassenden Konzept eigene Akzente setzen.

5. Senat und Repräsentantenhaus debattieren über 'Patient Bill of Rights'

Der Senat und das Repräsentantenhaus haben im Juni und August 2001 unterschiedliche Versionen der seit mehreren Jahren zwischen den Parteien umstrittenen Regulierung des Gesundheitsmarktes zum Schutz von Patienten und medizinischem Personal gegenüber Versicherungen (*Patient Bill of Rights*) verabschiedet.

Bereits Ende Juni hat der Senat mit 59 gegen 36 Stimmen eine von den Senatoren Edward M. Kennedy (D-Mass.) und John McCain (R-Ariz.) eingebrachte Kompromissvorlage angenommen, die inhaltlich an die vom Repräsentantenhaus schon 1999 verabschiedete *Norwood-Dingell Bill* anknüpft (vgl. CR 10/1999, S. 3). Neun gemäßigte Republikaner schlossen sich dabei der Mehrheit der Demokraten an, der seit kurzem parteilose Senator James Jeffords (I-Vt.) stimmte mit seinen früheren republikanischen Parteikollegen gegen den Entwurf.

Der Erfolg wurde durch das Einlenken der Vertreter der Vorlage in zentralen Streitfragen ermöglicht. Insbesondere haben sie die von gemäßigten Republikanern geforderte rechtliche Immunität von Unternehmen in Klagefällen akzeptiert, insofern die Unternehmen nicht direkt an Entscheidungen über die Therapien beteiligt sind.

Demgegenüber hat das Repräsentantenhaus Anfang August mit 226 gegen 203 Stimmen eine republikanische Kompromissversion der Patient Bill of Rights verabschiedet. In einer vorhergehenden, parteipolitisch stark polarisierten Abstimmung wurde die im 107. Congress von den Abgeordneten John Dingell (D-Mich), Greg Ganske (R-Iowa) und Charles Norwood (R-Ga.) eingebrachte Vorlage durch einen zwischen Norwood und Präsident Bush ausgehandelten Kompromiss ergänzt.

Norwood, ein konservativer Republikaner und früherer Zahnarzt, hat sich in den zurückliegenden Jahren als Wortführer des Reformflügels der Partei profiliert. Obwohl einige seiner Kollegen den im Alleingang mit dem Präsidenten ausgehandelten Kompromiss scharf kritisierten, hat sich ihm die große Mehrheit der republikanischen Re-negaten angeschlossen.

Während sich Bush und die republikanische Parteiführung um *Speaker* Dennis Hastert zu weiteren Zugeständnissen bereit gezeigt haben, unterscheiden sich in Folge des Kompromisses die Versionen der beiden Kammern vor allem in dem zentralen Bereich der gerichtlichen Absicherung der zugestandenen Rechte von Patienten und Ärzten.

Die Senatsversion räumt Patienten – nach dem Scheitern eines Mediationsverfahrens vor einem hierfür neu zu schaffenden Fachgremium – ein Klagerecht vor Gerichten der Einzelstaaten wie des Bundes ein. Schmerzensgelder und Strafzahlungen sollen dabei auf 5 Mio. USD begrenzt werden, insoweit die Gesetze der Einzelstaaten nicht anderweitige Limits vorgeben.

Die Version des Repräsentantenhauses lässt zwar ebenfalls Klagen vor einzelstaatlichen Gerichten zu, bindet diese aber an die bundesrechtlichen Vorgaben. Schmerzensgelder und Strafzahlungen sollen dabei 1,5 Mio. USD nicht überschreiten. Zudem wird die Beweislast für Patienten, die sich gegen Entscheidungen der Mediationsorgane wenden, dadurch erhöht, dass sie auch eine Fehlentscheidung der Schiedsinstanz nachweisen müssen.

Die Kritiker aus der Demokratischen Partei wie vom Reformflügel der Republikanischen Partei sehen in diesen Bestimmungen eine entscheidende Benachteiligung der Patienten, da die Gerichte der Einzelstaaten als konsumentenfreundlicher gelten und eine Reihe von Einzelstaaten Patienten umfangreichere Rechte zusichern.

Nach dem Ende der Sommerpause müssen die Vorlagen von Repräsentantenhaus und Senat von einem Vermittlungsausschuss angeglichen und von beiden Kammern erneut verabschiedet werden. Obwohl beide Seiten ihre Versionen als endgültige Kompromissangebote charakterisiert haben, wird es angesichts der verbleibenden geringen Differenzen schwierig, die unter den Wählern der Demokratischen wie der Republikanischen Partei hoch populäre Patient Bill of Rights am Streit um juristische Details scheitern zu lassen.

6. Repräsentantenhaus für Freihandelsabkommen mit Jordanien

Das Repräsentantenhaus hat am 31. Juli 2001 in nicht-namentlicher Abstimmung der Implementierung eines Freihandelsabkommens mit Jordanien (HR 2603) zugestimmt. Es ist noch von der Clinton-Administration ausgehandelt worden und hebt alle bestehenden tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse zwischen den beiden Staaten in den folgenden 10 Jahren auf. Gleichzeitig legt es bestimmte Arbeitsschutzbedingungen und Umweltstandards fest, die im Rahmen der Handelsliberalisierung von beiden Vertragsparteien nicht unterlaufen werden dürfen.

Der Verabschiedung des Abkommens wird allgemein große politisch-symbolische Bedeutung im Rahmen der Debatte um die Erneuerung des Schnellverfahrens für Handelsabkommen (*Trade Promotion Authority*) zugeschrieben, wie sie von Präsident Bush noch in diesem Jahr angestrebt wird (vgl. CR 6-7/2001, S. 13). Dabei handelt es sich um eine prozedurale Selbstbindung des Congress, der im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens darauf verzichtet, an einem vom Präsidenten vorgelegten Handelsvertrag Änderungen vorzunehmen, so dass der Congress nur noch seine Zustimmung oder Ablehnung erklären kann. Diese Selbstbindung war 1994 ausgelaufen und ist vom Congress bisher nicht erneuert worden.

Widerstand kommt vor allem vom gewerkschaftsnahen Flügel der Demokraten, der aus Furcht vor der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsplatzverlusten eine prozedurale Selbstbindung ablehnt. Inwieweit die erfolgte Zustimmung des Repräsentantenhauses zum Freihandelsabkommen mit Jordanien auch als perspektivisches Placet für die von Präsident Bush gewünschte Trade Promotion Authority (TPA) zu werten ist, darf bezweifelt werden. Eine von Speaker J. Dennis Hastert (R-III.) und der republikanischen Fraktionsführung noch vor der Sommerpause geplante Abstimmung über TPA musste verschoben werden, weil die für die Verabschiedung erforderlichen 218 Stimmen offensichtlich nicht garantiert waren.

Der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO hat zwischenzeitlich in 19. Wahlkreisen eine TV-Kampagne gestartet, in der die Wählerinnen und Wähler dazu aufgefordert werden, sich direkt bei ihren Abgeordneten gegen die TPA auszusprechen.

7. Repräsentantenhaus für Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit

Das Repräsentantenhaus hat Mitte Juli 2001 einen von Präsident Bush angeregten Gesetzentwurf angenommen, der helfen soll, zusätzliche Mittel für die Sozialarbeit kirchlich-religiöser Gruppen zu mobilisieren (vgl. CR 372001, S. 7). Für die Vorlage stimmten 233 Abgeordnete, darunter 15 Demokraten, gegen sie 198, wobei sich nur 4 Republikaner der Opposition anschlossen.

Die Vorlage greift die von Bush bereits im Wahlkampf 2000 propagierten Vorschläge auf,

- kirchlich-religiösen Gruppen die Inanspruchnahme staatlicher Gelder für soziale Zwecke zu ermöglichen, ohne sie in ihrer Arbeit auf nichtreligiöse Leistungsformen einzuschränken, und

- durch zusätzliche steuerliche Anreize Spenden von Privatpersonen zu fördern.

Die beschlossenen Steueranreize für Kleinspenden sind aus haushaltspolitischen Gründen allerdings gegenüber dem von Bush anvisierten Gesamtniveau drastisch reduziert worden. Kleinspender sollen zunächst 25 USD pro Jahr zusätzlich steuerlich geltend machen können; der Freibetrag soll bis 2010 auf 100 USD ansteigen. Neben anderen Einsparungen soll so der Gesamtbetrag der Steuerausfälle in den kommenden 10 Jahren auf 13 Mrd. USD begrenzt werden. Bushs Konzept sieht ein Fördervolumen von ca. 90 Mrd. USD vor.

Umstritten ist aber vor allem, inwieweit Gruppen, die staatliche Mittel für Dienstleistungen erhalten, von Anti-Diskriminierungsgesetzen und –verordnungen des Bundes, der Einzelstaaten und der Gemeinden ausgenommen werden sollen. Die fehlende Verpflichtung, kirchlich-religiöser Gruppen insbesondere die Gleichstellung homosexueller Einzelpersonen und Paare zu gewährleisten, ist ein zentraler Kritikpunkt der liberalen Gegner der Vorlage.

Republikanische Abgeordnete vom gemäßigt-progressiven Flügel der Partei hatten vor diesem Hintergrund zunächst gedroht, die Verabschiedung des Gesetzentwurfes zu verhindern. Erst nach einer Zusage von J. C. Watts (R-Okla.) - der die Vorlage für den Präsidenten im Repräsentantenhaus eingebracht hat - die Befürchtungen im Zuge des zu erwartenden Vermittlungsverfahrens mit dem Senat durch Änderungen zu berücksichtigen, veranlasste die innerparteilichen Kritiker ihre Bedenken zurückzustellen.

Im demokratisch kontrollierten Senat hat ein Gesetzentwurf, der keine entsprechenden Schutzklauseln enthält, ohnehin kaum Chancen angenommen zu werden. Die demokratische Parteiführung des Senats will sich jedoch für die Beratung mehr Zeit nehmen. Senator Joe Lieberman (D-Conn.), der wichtigste Befürworter einer Stärkung der Sozialarbeit kirchlich-religiöser Gruppen, hat die Ausarbeitung eines eigenen Gesetzentwurfs angekündigt, der der Neuregelung eine breitere politische Unterstützung sichern soll.

8. Kontroverse über Verteidigungsplanung zeichnet sich ab

Im Congress mehren sich die kritischen Stimmen angesichts der von der Bush-Administration geplanten umfassenden Neuausrichtung der Verteidigungsplanung. Zwar ist der Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses am 1. August 2001 mit 58:1 Stimmen in seinem Entwurf zum Verteidigungsgenehmigungsgesetz 2002 (Fiscal Year 2002 Defense Authorization, House Resolution 2586) dem Haushaltsansatz Präsident Bushs für das Pentagon im Großen und Ganzen gefolgt.

Einen Tag darauf, am 2. August 2001, protestierten jedoch 83 Abgeordnete, darunter 34 Mitglieder des Streitkräfteausschusses, in einem Brief an Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld gegen jede wie auch immer angedachte Streitkräfteverringering, insbesondere bei den Landstreitkräften.

Rumsfeld hatte Ende Juni 2001 in Anhörungen vor den Streitkräfteausschüssen des Repräsentantenhauses und des Senats einerseits zusätzliche Mittel in Höhe von 32,3 Mrd. USD für das Haushaltsjahr 2002 verlangt. Das sind 11 Prozent mehr als im Vorjahr vom Congress für die Verteidigung bewilligt worden waren.

Andererseits scheint die Administration im Rahmen ihrer umfassenden Überprüfung der amerikanischen Verteidigungsplanung über weitreichende Kürzungen bei den Streitkräften nachzudenken. Dabei wird offensichtlich die Auflösung von zwei Armeedivisionen, zwei Flugzeugträgergruppen und 16 Jagdgeschwadern diskutiert. Die Administration begründet diese Überlegungen damit, dass die Streitkräftestruktur noch zu stark auf den Kalten Krieg und die frühere Bedrohung durch den Warschauer Pakt ausgerichtet sei. Im 21. Jahrhundert würden zunehmend hochtechnisierte, leichtere und mobilere Einsatzverbände den Ausschlag über Sieg oder Niederlage geben.

Im Generalstab und bei den Teilstreitkräften sind diese Überlegungen auf massiven Widerstand gestoßen. Die politische Führung des Pentagon, so der Vorwurf, beziehe die militärische Führung zu wenig in ihre Überlegungen ein. Zudem seien die für das Haushaltsjahr 2002 anvisierten Rüstungssteigerungen in Höhe von 32,6 Mrd. USD zu gering, um die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte auf dem gegenwärtigen Niveau aufrecht zu erhalten. Präsident Bush hatte die Clinton-Gore-Administration im Wahlkampf 2000 scharf angegriffen und ihr vorgeworfen, zu wenig für die nationale Sicherheit getan und einen Niedergang der amerikanischen Streitkräfte eingeleitet zu haben. Bush verlangte zum damaligen Zeitpunkt Mehrausgaben für das Pentagon in Höhe von jährlich 45 Mrd. USD.

Auf diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Aufrüstungsbefürworter im Congress wie die republikanischen Abgeordneten Duncan Hunter (Cal.), Bob Stump (R-Ariz.) und Curt Weldon (Pa.) zunehmend unzufrieden mit dem Kurs der Bush-Administration in der Rüstungspolitik sind. Sie befürchten, dass die von der Administration verlangten Mehraufwendungen nicht ausreichen, um die Modernisierung der Streitkräfte sicherzustellen. Die gegenwärtigen Berechnungen, so Stump, der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, würden die „starke Verpflichtung“ zu einer längerfristigen Erhöhung der Rüstungsausgaben unterstreichen. In der Diskussion sind hier Mehrausgaben von jährlich 50-100 Mrd. USD.

Die Kritik entzündet sich auch an den von Verteidigungsminister Rumsfeld ins Auge gefaßten Schließungen von Militärstützpunkten. Rumsfeld geht davon aus, dass 20-25 Prozent der vorhandenen Stützpunkte geschlossen werden können, und hat im Rahmen des Haushalts 2002 bereits die Schließung von Stützpunkten für B 1-Bomber in Dakota und Texas vorgeschlagen, was auf erbitterten Widerstand von Congressmitgliedern dieser Bundesstaaten gestoßen ist.

Fiskalkonservative wiederum weisen darauf hin, dass durch die auf Betreiben von Präsident Bush vom Congress beschlossenen umfangreichen Steuerkürzungen (vgl. CR 6-7/2001, S. 3) sowie die deutliche Abschwächung der Konjunktur der Spielraum für zusätzliche Rüstungsausgaben erheblich eingeschränkt werde. Dabei drohe die Gefahr, dass höhere Rüstungsausgaben nur zu Lasten der staatlichen Sozial- und Krankenver-

sicherungsfonds (Social Security, Medicare, Medicaid) finanziert werden könnten, wie Kent Conrad (D-N.D.), der Vorsitzende des Senate Budget Committee, kürzlich warnend anmerkte.

Libérale Aufrüstungskritiker innerhalb der demokratischen Mehrheitsfraktion im Senat schließlich halten der Administration vor, dass sie mit Blick auf die Modernisierung der Streitkräfte falsche Prioritäten setze. Dabei entzündet sich die Kritik vor allem an den Raketenabwehrplänen Bushs, für die Mittelzuweisungen von über 8 Mrd. USD vorgesehen sind (vgl. Punkt 8). Für *Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) im Senat ist dies „die teuerste mögliche Antwort auf die am wenigsten wahrscheinliche Bedrohung“, der sich die Vereinigten Staaten gegenübersehen (vgl. Punkt 1). Die Raketenabwehrpläne Bushs, so Daschle, würden der „Kannibalisierung“ jener militärischen Strukturen Vorschub leisten, die sich an wesentlich wahrscheinlicheren Bedrohungsszenarien orientierten.

Die vielfältigen Konfliktlinien innerhalb der Fraktionen sowie zwischen den Demokraten und Präsident Bush lassen eine breit geführte und kontroverse Debatte um die Grundlinien der Rüstungspolitik erwarten. Verteidigungsminister Rumsfeld will dem Congress im September seinen *Defense Review* vorlegen.

9. Demokraten drohen mit Blockade von Raketenabwehr

Im Senat haben führende Mitglieder der demokratischen Mehrheitsfraktion die Raketenabwehrpläne der Bush-Administration erneut scharf kritisiert (vgl. CR 6-7/2001, S. 11) und gedroht, die von Präsident Bush für das nächste Haushaltsjahr 2002 geforderten Mittelzuweisungen zu blockieren, falls die USA den ABM-Vertrag einseitig brechen.

Im ABM-Vertrag von 1972 über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen hatten sich die USA

- "in der Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und wirksame Maßnahmen zur Verminderung der strategischen Waffen, zur nuklearen Abrüstung und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu treffen",

dazu verpflichtet, keine ABM-Systeme „zu entwickeln, zu erproben oder zu stationieren, die see-, luft- oder weltraumgestützt sind oder als bewegliches Ziel landgestützt sind.“

Die Bush-Administration hat für das kommende Haushaltsjahr 2002 Mittelzuweisungen für die Raketenabwehr in Höhe von 8,3 Mrd. USD angefordert. Das sind 57 Prozent mehr als vom Congress für das laufende Haushaltsjahr bewilligt worden waren.

Umstritten ist vor allem die Forderung nach 575 Mio. USD für den Bau und die Stationierung eines Testsystems (ABM-Abschussvorrichtungen, Abfangflugkörper plus Radarkomponenten) in Alaska.

Während Verteidigungsminister Rumsfeld in Anhörungen vor dem Streitkräfteausschuss versicherte, dass Präsident Bush nicht beabsichtige, den ABM-Vertrag zu brechen und auf die Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Putin verwies, hatte sein Stellvertreter Paul Wolfowitz Mitte Juli 2001 festgestellt, dass die USA sich auf einem „Kollisionskurs“ befänden und niemand „so tue, als ob das, was wir machen, in Einklang mit dem (ABM-)Vertrag steht.“ Die Pläne der Administration, so Wolfowitz unmissverständlich, könnten bereits in kurzer Zeit mit dem ABM-Vertrag kollidieren.

Carl Levin (D-Mich.), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat, drohte darauf hin, die Mittelzuweisungen für Bushs Raketenabwehrpläne zu blockieren, sollte die Administration auf eine vorherige enge Konsultation mit dem Senat in der Frage des Ausstiegs aus dem ABM-Vertrag verzichten.

Sein Fraktionskollege Tom Allen (D-Maine) verurteilte die geplante Stationierung von Abfangflugkörpern in Alaska (Fort Greely bei Fairbanks bzw. Kodiak-Insel) darüber hinaus als kaum durchdachtes „Crash-Programm“. Bush, so Allen, wolle sich vor allem innenpolitisch profilieren, um bei den Präsidentschaftswahlen 2004 „sagen zu können, dass er etwas stationiert habe.“ Dianne Feinstein (Calif.), die Vorsitzende des *Military Construction Appropriations Subcommittee* im Senat, wiederum, forderte das Pentagon auf, sämtliche vorbereitenden Arbeiten zum Bau von ABM-Abschussvorrichtungen in Fort Greely (Alaska) einzustellen, weil der Congress hierfür keine Mittel zugewiesen habe.

Die Äußerungen unterstreichen, wie tief der Dissens in der Raketenabwehrpolitik und im Umgang mit dem ABM-Vertrag zwischen den Demokraten im Senat und Präsident Bush derzeit ist.

10. Reform der Wahlkampffinanzierung im Repräsentantenhaus blockiert

Nachdem der Senat im April 2001 einer grundsätzlichen Reform der Finanzierung der Bundeswahlkämpfe zugestimmt hat (vgl. CR 4/2001, S. 3), scheint gegenwärtig eine

Blockade der Novellierung des *Federal Election Campaign Act* durch die Reformgegner im Repräsentantenhaus möglich.

Ausgelöst wurde der gegenwärtige Stillstand der Beratungen durch eine Niederlage der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses, deren Geschäftsordnungsresolution zur Beratung des Gesetzes im Plenum Mitte Juli 2001 mit 228 zu 203 Stimmen abgelehnt worden ist.

In der Abstimmung schlossen sich 19 Republikaner sowie ein unabhängiger Abgeordneter, Bernie Sanders (Vt.), der demokratischen Opposition an. Der Bruch der Parteidisziplin in Geschäftsordnungsangelegenheiten gilt im Unterschied zu politisch-inhaltlichen Fragen auch im Congress als ungewöhnlich und als gravierender Rückschlag insbesondere für die Führung der Mehrheitsfraktion.

Die Gegner der Geschäftsordnungsresolution wandten gegen die Vorlage des republikanisch kontrollierten *Rules Committee* (Geschäftsordnungsausschuss) ein, dass diese der Verabschiedung unfaire und unnötige Hindernisse in den Weg stelle. Die Resolution sah vor, dass über alle Änderungen der *Shays-Meehan Bill* (vgl. CR 9/1999, S. 2) die zur Anpassung an die vom Senat verabschiedete *McCain-Feingold-Bill* notwendig sind, einzeln abgestimmt werden muss. Hinter der Auseinandersetzung um diese prozedurale Frage steht die Befürchtung, dass die Mehrheitsfähigkeit nicht aller Einzeländerungen gewährleistet ist.

Für viele Demokraten ist zum einen die in der McCain-Feingold-Bill im Zuge der Kompromissbildung aufgenommene Anhebung der bestehenden Obergrenzen für Wahlkampfspenden inakzeptabel. Zum anderen haben vor allem Vertreter von Minoritäten auf demokratischer Seite nun Bedenken, dass das vorgesehene Verbot von *soft money contributions*, der nicht begrenzten Spenden an die Parteien, sich gerade auf die Mobilisierung benachteiligter Gruppen mit geringer Wahlbeteiligung negativ auswirken könnte.

Die republikanische Führung des Repräsentantenhauses hat nach ihrer Niederlage erkennen lassen, dass sie keinen erneuten Versuch unternehmen werde, den Entwurf noch einmal für die Beratung im Plenum anzusetzen.

Die Reformbefürworter versuchen dagegen über eine selten benutzte und erfolgreiche Geschäftsordnungsregel doch noch eine Abstimmung herbeizuführen. Mit Hilfe einer sogenannten *discharge petition* kann - wenn eine Mehrheit von mindestens 218 Abgeordneten diese Petition unterzeichnet - die Plenumsberatung einer Vorlage erzwungen werden.

Allerdings ist zumal für die republikanischen Reformbefürworter die Unterzeichnung einer solchen Petition problematisch, da sie die Kontrolle der Geschäfte der Kammer durch die Führung der Mehrheitsfraktion implizit in Frage stellt und als ernste Verletzung der Parteiloyalität.